

Offener Brief an das Bundesamt für Verfassungsschutz:

Ich äußere hier in diesem Schreiben nur meine persönliche Meinung. Auch auf die Gefahr hin, verfolgt zu werden, weil es das Recht der freien Meinungsäußerung in der BRD faktisch nicht mehr gibt. Tatsächlich nicht mehr gibt, wenn es sich um illegale politische Verfolgung handelt. Wie auch die Installation eines, meiner Meinung nach, Denunziantentelefans beweist.

Vorwort:

Der Verfassungsschutz ist meiner Meinung nach eh schon zu einem perversen Instrument politisch einseitiger Verfolgung Unschuldiger im Auftrag der Legislative verkommen. Das Ihre Behörde die Verfassung nicht schützt, habet ihr mir ja schon schriftlich mitgeteilt. Ein Herr Maaßen wollte da wohl nicht mehr mitspielen, da hat man ihn kurzerhand entsorgt. Ein Verfassungsschutz sollte die deutsche Verfassung (*sprich das Grundgesetz, denn eine Verfassung haben wir nicht, sondern nur dieses, uns von den Alliierten aufgezwungenes Provisorium, dennoch nenne ich es hier weiterhin mal Verfassung*) schützen, was aber keinesfalls geschieht. Das deutsche Grundgesetz ist durch die kriminelle Agitation deutscher Staatsdiener (*Richter, Staatsanwälte, Bundesregierung*) nicht das Papier wert auf dem es geschrieben steht, weil jeder Hans und Franz dieses Grundgesetz beugen brechen und außer Kraft setzen kann, wie es im nach Tageslaune, oder dem Hass auf politisch Andersdenkende gefällt. Das habe ich Ihnen mit meinen vorherigen Schreiben bewiesen, ich werde es auch der EU Kommission, dem EuGH, dem ICC beweisen.

Ich habe Ihnen auch bewiesen, dass es in der BRD keinerlei Gewaltenteilung mehr gibt. Auch diese Beweise werden den EuGH, nach seinen Urteilen zu internationalen Haftbefehlen deutscher Staatsanwaltschaften, besonders interessieren. Damit dürften dann auch internationale Haftbefehle deutscher Richter demnächst unwirksam werden. Weil auch diese nachweislich auf Anordnung der Legislative erlassen werden. Wie gesagt, ich kann und ich werde es beweisen.

Ich habe meinen Fall an Sie herangetragen, in dem ich bewiesen habe, dass deutsche Staatsdiener, insbesondere hochgradig kriminelle Richter unter Beihilfe von Staatsanwälten, unter Billigung, oder im Auftrag der Legislative, in einem nicht mehr zu verantwortenden Umfang gegen die Verfassung verstoßen, auch die Menschenrechte, die Teil dieser Verfassung sind. Durch Entzug meines Rechts auf Leben, auf Unversehrtheit, durch Entzug meiner Menschenwürde, durch schlimmste seelische und körperliche Folter und viele andere Verbrechen als Officialdelikte, deren Verfolgung die Staatsanwaltschaften, auf ebenfalls höchst kriminelle Art und Weise, ablehnen. Obwohl sie nach deutschem Recht zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens verpflichtet wären. Unter anderem auch mittels Beweismittelfälschung, Beweismittelunterdrückung. Ich habe nachgewiesen, dass sich alle drei Gewalten bei diesen Verbrechen decken. Also ist hier von einer kriminellen Vereinigung gemäß § 129 StGB auszugehen, was ich auch gerade internationalen Gerichtsbarkeiten beweise. Da auch der Verfassungsschutz diese Verbrechen deckt, nachweislich, und sich durch vorsätzliche Untätigkeit somit der Beihilfe strafbar macht (*was Ihre Ablehnung mir gegenüber beweist*), muss ich logischerweise auch den Verfassungsschutz dieser kriminellen Vereinigung zuordnen.

Und nun zur Sache, zu eurem, meiner Meinung nach, Denunzianten-Telefon: (Was soll ich dazu sagen? Stasi Methoden? Nazi Methoden? Ich weiß es noch nicht genau.)

Ihr kennt sicher den wahren Spruch:

Der größte Lump im ganzen Land, ist und bleibt der Denunziant.

Wollt ihr also nun die Bürger zu Lumpen machen?

Habe ich übrigens etwas auf eurer Seite übersehen?

Wo ist denn die E-Mail-Adresse LinksEX@bfv.bund.de hinterlegt?

Ich bin aufgrund der vielen V-Mann-Affären zu 100% davon überzeugt, dass angeblich rechtsextremistische physische Straftaten zum größten Teil durch V-Leute im Auftrag der Regierung und/oder des Verfassungsschutz begangen werden, um die nationale Fraktion, deren ehrliche Leute Gewalt ablehnen, in Verruf zu bringen. Ich kann mich auch des Verdachts nicht erwehren, das sich Staatsdiener, also auch der Verfassungsschutz, dieser terroristischen Antifa gegen Bezahlung bedienen, rechtsextremistische Straftaten vorzutäuschen, um die deutschen Patrioten allesamt als rechtsextrem, als Nazi, in Verruf zu bringen. Persönlich bin ich mir sicher, dass auch die meisten der schlimmen (*angeblich rechtsextremistischen*) Anschläge auf das Konto bezahlter linker Milizen gehen, um sie dann den nationalen Patrioten in die Schuhe zu schieben. Ihnen ist sicher die Datei bekannt, in dem diese sogenannten Anschläge auf Asylantenheime aufgelistet sind, mit der Ansage des Grundes?

Klar ist, dass erst einmal nahezu alle diese Brände oder sonstigen Straftaten bzw. Unglücke in Asylantenheimen medial (*das einmal zum Denunziantentum der Medien*) wider genaueren Wissens, der rechten Szene zugeordnet werden. Besagte Datei beweist, dass (*jetzt nicht auf die Zahl festnageln*) mehr oder weniger 80% dieser Brände/Taten bei Asylantenheimen **NICHT** auf rechte Gruppen/Einzeltäter zurückgehen. Und bei den restlichen 20% sind die Fälle nicht einmal genau geklärt. Teilweise sogar von den Bewohnern selber verursacht wurden. Die Denunzierung der nationalen Patrioten ist aber stets schon erfolgt. Gab es auch nur ein einziges Mal einen Widerruf? Nein, diese kriminelle Denunzierung, also falsche politische Verdächtigung gemäß § 241a StGB lässt man vorsätzlich so stehen, um die Gruppe der nationalen Patrioten öffentlich zu diskreditieren, zu diskriminieren, entgegen Artikel 3 Grundgesetz, Artikel 14 der EMRK, Artikel 2 der UN Menschenrechtscharta und noch andere.

In meinen Augen ist alleine die Tatsache, dass kein öffentlicher Widerruf, bzw. keine Aufklärung erfolgt, der absolute Beweis, dass dies alles so gewollt und inszeniert ist.

Die Antifa ist eindeutig der terroristischen Szene zuzuordnen. Warum wird diese staatsfeindliche Terrororganisation nicht verboten und verfolgt?

So etwas duldet und unterstützt ein Staat nur, wenn er sich einer solchen terroristischen Organisation bedient, um eine patriotische Gruppierung, oder eben auch eine andere, unerwünschte, nicht regimekonforme Gruppierung, zu vernichten.

Dann sprechen wir aber bereits von einer faschistischen Diktatur. Sogar von Befürwortung des Völkermordes gemäß römischen Statut.

Es kommt nicht von ungefähr, dass man in USA erwogen hat, die Antifa als terroristischen Organisation (*was diese nach § 129a StGB auch eindeutig ist*) zu verbieten. In USA hat man erkannt, dass diese Vereinigung die meiste Gewalt verbreitet. In der BRD wird diese Terrororganisation geschützt (*wenn man diversen glaubwürdigen Aussagen wirklich glauben darf, sogar von der Legislative finanziert*), weil man sie meiner Meinung nach zu gewalttätigen Kampf gegen nationale Patrioten einsetzen will und auch bereits einsetzt. Beziehungsweise scheinbar zu Verbrechen anstiftet, die dann im falschen Namen der nationalen Patrioten begangen werden. Das ist aber eindeutig völkerrechtswidrige Kriegsführung gegen das eigene Volk. Ich werde auch das dem EuGH und dem ICC in Den Haag berichten.

Außerdem verstößt euer, meiner Meinung nach, Denunzianten-Telefon (*meiner Meinung nach vergleichbar mit Nazi/Stasi Methoden*) dem Strafgesetzbuch:

Durch die Aufforderung, hier politisch Andersdenkende (*und nichts anderes ist es*) anzuzeigen, auch noch anonym (*meiner Meinung nach wieder Nazi/Stasi Methoden, wie viel*

deutsche Bürger sind im 3. Reich politisch als Juden oder anderes verfolgt worden, aufgrund anonymer Anzeigen, teilweise unberechtigt? Wie viel DDR Bürger haben im Stasi Gefängnis gesessen, weil sie unbegründet denunziert wurden? Und auch darauf wird es in dieser BRD meiner Meinung nach nun wieder hinauslaufen. Die kriminelle, rechtswidrige, verfassungswidrige politische Verfolgung hat scheinbar einen neuen Höhepunkt erreicht.)

Diese Anstiftung zu möglicherweise strafbarem Denunziantentum ist eindeutig ein Straftatbestand gemäß

§ 26 StGB.

Als Anstifter wird gleich einem Täter bestraft, wer vorsätzlich einen anderen zu dessen vorsätzlich begangener rechtswidriger Tat bestimmt hat.

Denn durch dieses, meiner Meinung nach, Denunziantentum werden Bürger ja regelrecht aufgefordert, einen verhassten Nachbarn, einen verhassten Arbeitskollegen, einen politisch Andersdenkenden wegen angeblicher rechtsextremer Straftaten anzuzeigen und verfolgen zu lassen. Wenn erst mal bekannt ist, dass zum Beispiel der Mitbewerber um eine Beförderung als rechtsextrem verfolgt wird, ist doch dem Anzeigenerstatter die Beförderung sicher und der Mitbewerber könnte sogar seinen Job verlieren und Frau und Kinder müssen hungern. Solch kriminelle Taten forciert ihr durch euer, meiner Meinung nach, verfassungswidriges, Denunziantentum. Und die Möglichkeit einer anonymen Anzeige wird diese Art von Anzeigen sicherlich in die Höhe schnellen lassen. Die Verabfolgung einer Anzeige deren Rechtskonformität nicht geprüft werden kann, ist rechtswidrig und ist verfassungswidrig. Widerspricht sogar den Menschenrechten und dem römischen Statut im Völkerstrafrecht.

Mit Ihrem, meiner Meinung nach, Denunzianten Telefon stiften Sie eindeutig die Bevölkerung an, Personen zu denunzieren, deren politische Einstellung dem Anzeigenerstatter nicht genehm ist.

Daran wird auch nichts der Pseudo-Spruch ändern, den Sie als, meiner Meinung nach, absolut perverse und billige Tarnung, zum Eigenschutz im Rahmen illegaler politischer Verfolgung, auf Ihrer Webseite platziert haben:

"Bitte missbrauchen Sie es nicht zur Denunzierung von Bürgerinnen und Bürgern".

Denn nichts anderes ist dieses Telefon: Ein Aufruf zur Denunzierung Andersdenkender, die nicht dem politischen Mainstream entsprechen.

Und zu derart widerwärtigem Denunziantentum wird es kommen. Das ist unbestreitbar. Einer Bananenrepublik würdig, aber keinem Rechtsstaat. Habt ihr aber ein Glück, dass in Deutschland die Rechtsstaatlichkeit schon lange vernichtet ist. Mittels einer Justizdiktatur absolut abgeschafft.

Sie stiften also Bürger an, andere Bürger zu denunzieren, was einer verbotenen politischen Verdächtigung gemäß § 241a StGB gleichkommt.

§ 241a StGB

(1) Wer einen anderen durch eine Anzeige oder eine Verdächtigung der Gefahr aussetzt, aus politischen Gründen verfolgt zu werden und hierbei im Widerspruch zu rechtsstaatlichen Grundsätzen durch Gewalt- oder Willkürmaßnahmen Schaden an Leib oder Leben zu erleiden, der Freiheit beraubt oder in seiner beruflichen oder wirtschaftlichen Stellung empfindlich beeinträchtigt zu werden, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer eine Mitteilung über einen anderen macht oder übermittelt und ihn dadurch der in Absatz 1 bezeichneten Gefahr einer politischen Verfolgung aussetzt.

(3) Der Versuch ist strafbar.

Geht eine Anzeige bei Ihnen ein, werde Sie diese verfolgen, dessen bin ich mir zu 100% sicher. Ich bin mir zusätzlich sicher, dass hier auch Anzeigen gegen unbequeme Bürger ohne

nennenswerte Kontrolle verfolgt werden und der Willkür in der politischen Verfolgung noch die Krone aufgesetzt wird. Sie werden unschuldige Bürger aufgrund den möglicherweise vorsätzlich falschen Angabe eines dummen Bürgers verfolgen, der möglicherweise nur einem politisch Andersdenkenden, oder einen beruflichen/privaten Konkurrenten schaden oder aus dem Weg räumen will. SIE eröffnen diesen Straftaten Tür und Tor. SIE stiften also die Bürger an (§ 26 StGB), Andere der Gefahr der politischen Verfolgung auszusetzen, dadurch möglicherweise Schaden an Leib und Leben zu erleiden und in allen Bereichen des Lebens zu beeinträchtigen. Es ist ja bekannt, dass deutsche Strafverfolgungsbehörden (*insbesondere Ihre eigenen Mitarbeiter können dieses besonders gut*) alleine schon bei Verdachtsmomenten gerne mal in der Firma des Betroffenen auftauchen und dem Chef "stecken" das man wegen Verdacht auf Rechtsextremismus verfolgt. Oder im Verwandten- und Bekanntenkreis mit dieser unbewiesenen Meinung hausieren. Den Behörden ist es dabei scheinbar egal, ob dieser Verdacht möglicherweise aus der Luft gegriffen oder komplett falsch ist. Und durch genau dieses, meiner Meinung nach hochgradig faschistische, Denunziantentum hat schon oft dazu geführt, dass die Existenz ganzer Familien durch unschuldig denunziert werden, vernichtet wurden. Und dieses wird durch Ihr, meiner Meinung nach, Denunziantentelefon in Zukunft sicherlich überproportional verstärkt. Was ist dabei Ihre Motivation? Meiner Meinung nach einfach nur die Vernichtung aller politisch Andersdenkenden im Auftrag einer kleinen Clique der Machtelite. Ihr Behördenname, der auch als Sinn den Schutz der Verfassung beinhaltet, sollte aufgrund von Irreführung der Gesellschaft umgehend geändert werden. Denn Sie schützen meiner Meinung nach diese Verfassung **NICHT**, sondern beteiligen sich an der Vernichtung der Freiheitlichen Demokratischen Grundierung, der Vernichtung der Rechtsstaatlichkeit.

(4) Wird in der Anzeige, Verdächtigung oder Mitteilung gegen den anderen eine unwahre Behauptung aufgestellt oder ist die Tat in der Absicht begangen, eine der in Absatz 1 bezeichneten Folgen herbeizuführen, oder liegt sonst ein besonders schwerer Fall vor, so kann auf Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren erkannt werden.

Durch die gegebene Möglichkeit, Anzeigen anonym einzureichen, eröffnen Sie allen Personen die Möglichkeit, unerkannt, die hier benannten Taten zu begehen. Somit müsste hier eindeutig festgelegt werden, dass genau der Verantwortliche Mitarbeiter in Ihrer Behörde, der einen solchen Fake-Fall zur Verfolgung heraus gibt, sofort zu 10 Jahren Haft verurteilt werden muss. Und persönlich selbstschuldnerisch sehr hohe Schadenersatzforderungen an den Betroffenen leisten muss. Denn ein besonders schwerer Fall liegt in allen Fällen vor.

Da ich mir sicher bin, bei Ihnen, sowie auch beim BVerfG (*dass diese Verfassung sogar nach meiner eigenen Erfahrung ebenfalls mit den Füßen tritt, anstatt diese zu schützen*), auf taube Ohren zu stoßen, werde ich diesen Fall ebenfalls bei meiner EU-Beschwerde, der Info an den EuGH und dem Strafantrag beim ICC in Den Haag, berücksichtigen.

Und sofern Sie mir wieder so eine vorgedruckte, also eine Ihrer üblichen Antworten schicken wollen, das können Sie sich ersparen.

Entweder Sie gehen in einer Antwort ausführlich auf meine Vorwürfe ein, was Ihnen bei wahrer Beantwortung schwer bis unmöglich fallen dürfte, oder Sie sparen sich jegliche Antwort, denn ansonsten könnte ich mich tatsächlich verhöhnt und beleidigt fühlen.

Uwe Pöpping